

Ein Streit eskaliert oft wegen Nichtigkeiten

Zoff im Mehrfamilienhaus Konflikte unter Nachbarinnen und Nachbarn haben während der Pandemie stark zugenommen. Oft liesse sich eine Eskalation einfach vermeiden. Dies illustriert ein Fall, in dem sich der Lift als Übeltäter entpuppte.

Bernhard Kislig

Es begann harmlos, mit einem Klopfgeräusch. Einzelne Bewohner im Mehrfamilienhaus wunderten sich, woher es kam. Bald geriet eine Mieterin in Verdacht, dafür verantwortlich zu sein. Der Konflikt schwelte längere Zeit, bevor er sich hochschaukelte, angetrieben durch argwöhnische Nachbarinnen und Nachbarn. Auf einmal erzählte man sich im Haus, die verdächtige Mieterin würde die Klopfgeräusche in bössartiger Absicht verursachen. Danach genügte schon das kleinste Geräusch, um manche zur Weissglut zu treiben.

Dieser Fall ist in zweierlei Hinsicht typisch für Nachbarschaftskonflikte: Erstens entzündeten sich die Spannungen oft an Kleinigkeiten, und zweitens werden anschliessend Verhaltensweisen fälschlicherweise als feindselig interpretiert. So kommt es schnell zur Eskalation. «Schon wenn ein Kübel nicht am richtigen Ort steht, kann sich eine Auseinandersetzung zuspitzen», sagt Mediatorin Claudia Wolf, die zum Einsatz kommt, wenn zerstrittene Parteien Konflikte nicht mehr untereinander regeln können.

Verärgertes Zurückklopfen

Auch im beschriebenen Fall kam es zur Eskalation: Fast wie in Mani Matters Lied «Dr Hansjakobli und ds Babetli» klopfen verärgerte Nachbarn zurück, manche gingen dafür sogar ins Treppenhaus. Mehrere Mieterinnen und Mieter beschwerten sich bei der Verwaltung und drohten mit Wegzug. Als Folge davon erwartete die Liegenschaftsverwaltung die verdächtige Frau. Diese bestritt die Vorwürfe. Doch die Klopfgeräusche wollten einfach nicht aufhören, und die Spannungen unter den Nachbarn gärten weiter.

«Je weiter ein Konflikt eskaliert, desto mehr verstricken sich die involvierten Parteien in emotionale Spannungen und entfernen sich zunehmend von der eigentlichen Konfliktsache», sagt Mediator Hansjörg Ryser. Seine Aufgabe als Vermittler sei es jeweils, zuerst das Dickicht an Emotionen zu lichten. «Wenn wir gemeinsam auf den Kern des Problems stossen, ist es meist schon fast gelöst.»

Lange zehn Jahre brodelte der Konflikt im Mehrfamilienhaus. Die Verwaltung hatte schliesslich die Nase voll und wollte eine Kün-



Streitigkeiten haben um 23 Prozent zugenommen

Gemäss einer Erhebung von Axa-Arag, einer der führenden Rechtsschutzversicherungen der Schweiz, haben Nachbarschaftsstreitigkeiten während der Pandemie im vergangenen Jahr um 23 Prozent zugenommen. Auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres verzeichnet sie eine erhöhte Zahl an solchen Konflikten. Lärmklagen und Bau-einsprachen sind 2020 gar um 73 Prozent gestiegen.

Der Grund für die Zunahme dürfte direkt mit der Pandemie zusammenhängen: Aufgrund von Homeoffice-Vorgaben verbrachten Angestellte viel mehr Zeit zu Hause, wodurch es häufiger zu Reibungen mit Nachbarinnen und Nachbarn kam. «Die Corona-Pandemie hat zwar nicht direkt neue Brandherde zwischen Nachbarn entfacht, störende Punkte wurden

aber verstärkt wahrgenommen», stellt Axa-Arag Anwältin Alexandra Pestalozzi fest.

Die häufigsten Ursache für Nachbarschaftskonflikte waren gemäss der Axa-Arag-Erhebung die Höhe oder der Abstand von Sträuchern, Hecken und Bäumen. Aber auch Lärmemissionen oder Bauvorhaben standen oft am Anfang einer Auseinandersetzung.

Bei solchen Konflikten sind Gerichtsverfahren laut Pestalozzi risikoreich und oft sehr langwierig. Zudem löse ein richterliches Urteil allein den Konflikt nicht. Manchmal sei es hilfreich, eine unparteiische Stelle hinzuzuziehen. Die Anwältin verweist dabei auf «gute Erfahrungen mit Mediatoren». Um Konflikte gar nicht erst eskalieren zu lassen, rät sie zu folgender Faustregel: «Vermeiden Sie das, was Sie selbst stören würde.» (ki)

digung aussprechen. Als letzte Hoffnung auf eine friedliche Lösung kam Mediator Hansjörg Ryser zum Einsatz. Gemeinsam mit Fachleuten fand er heraus, dass die Klopfgeräusche von Heizungsleitungen und vom Lift kamen und die Frau zu Unrecht jahrelang beschuldigt wurde. Mit dieser Erkenntnis und einigen baulichen Massnahmen konnte der Konflikt rasch beigelegt werden.

Manchmal wissen sich Betroffene nicht anders zu helfen, als ihre Rechtsschutzversicherung einzuschalten. Kommt es dazu, ist oft schon viel Geschirr zer schlagen. In solchen Fällen bringt eine Mediation längst nicht immer die erhoffte friedliche Lösung.

«Geht es beispielsweise nur noch um rechtliche Fragen, bin ich die falsche Person», sagt Claudia Wolf. Eine wichtige Bedingung für eine Mediation sei zudem, dass die zerstrittenen

«Leider sind wir Schweizer nicht gut darin, bei Spannungen auf andere zuzugehen.»

Hansjörg Ryser
Mediator

Parteien überhaupt bereit sind, einen Kompromiss zu suchen.

Rechtliche Auseinandersetzungen mit Nachbarinnen und Nachbarn sind nervenaufreibend und belasten das Verhältnis auf lange Zeit, da es vor Gericht meist einen Verlierer gibt.

Enormer Stress

Auch der persönliche Stress kann enorm sein. So erzählte zum Beispiel ein Betroffener in einer Mediation von Claudia Wolf, dass es ihm den Magen zusammenziehe, wenn er auf der Strasse nur schon ein Auto erblicke, das dem Fahrzeug seines Nachbarn ähnlich sehe.

Um solche Probleme zu vermeiden, empfehlen die in solchen Konflikten erfahrenen Mediatoren, früh das Gespräch zu suchen. Oder in den Worten Mani Matters der Nachbarin vermehrt «He, he, Frou Meier!» zu rufen, wenn einen etwas stört. «Leider sind wir Schweizer nicht gut darin, in solchen Momenten auf andere zuzugehen», sagt Hansjörg Ryser. Und anstatt zu rufen, rät Ryser, allenfalls bei einem Kaffee das Gespräch zu suchen: «Es bringt mehr, beispielsweise zum Klopfgeräusch Fragen zu stellen, anstatt von Beginn weg jemanden zu beschuldigen.»

Aus diesem Grund eskalierte auch der Konflikt in einem Fall, den Claudia Wolf betreute. Anwohner fühlten sich durch ihren Nachbarn in der höher gelegenen Liegenschaft nicht nur beobachtet, sondern mit der Zeit richtiggehend kontrolliert: Ständig stand jemand am Fenster und schaute herunter. In der Mediation stellte sich heraus, dass sich hinter dem Fenster die Küchenkombination verbarg, wo die Nachbarn regelmässig kochten und ihren Abwasch erledigten.

Statt die Gegenpartei auf Fehler hinzuweisen, empfiehlt Wolf, bei sich selbst zu beginnen: «Verärgerte Anwohner sind keine Opfer, sie können stattdessen auf die Gegenpartei zugehen, Vorschläge machen und einer friedlichen Lösung zuliebe auch ein Stück weit grosszügig sein.» Sie verweist dabei auf die Glücksforschung, die zeigt, dass es uns guttut, wenn wir andere unterstützen können.

Wenn trotz solcher Bemühungen ein Konflikt weiter eskaliert, ist es ratsam, in weiteren Schritten je nachdem die Hausverwaltung, eine Mediation oder allenfalls juristischen Rat beizuziehen.

Wer die Stromfresser jetzt entsorgt, erhält bis zu 125 Franken

Finanzieller Anreiz Alte Halogenlampen sollen rasch durch sparsame Leuchtmittel ersetzt werden.

Die Halogenlampen des Typs R7s sind wahre Stromfresser: Nur 7 Prozent der Energie werden in Licht umgewandelt. Der Rest geht als Wärme verloren – die Lampen können eine Hitze von über 2000 Grad entwickeln. Oft verkauft wurden 200- bis 500-Watt-Stablampen. Je nach Nutzungsdauer und Strompreis verursachen sie auch spürbare Kosten: 50 bis 100 Franken für eine Lampe im Wohnzimmer dürfte für den jährlichen Energieverbrauch ungefähr anfallen. Aufgrund einer eu-

ropäischen Verordnung, welche die Schweiz nachvollzieht, ist der Import solcher Halogenlampen seit Anfang September verboten. Restposten verkaufen.

Bis siebenmal sparsamer

Für das Importverbot gibt es einen naheliegenden Grund: Modernere Leuchtmittel sind wesentlich effizienter. LED-Lampen verbrauchen fünf- bis siebenmal weniger Strom, um gleich viel Licht zu erzeugen wie die tradi-

tionellen Halogenlampen, sagt Giuseppina Togni, Projektleiterin bei Alledin.ch.

Das Projekt Alledin.ch hat zum Ziel, die Halogenlampen möglichst rasch aus dem Verkehr zu ziehen. Dies geschieht mit einem finanziellen Anreiz: Besitzerinnen und Besitzer entsorgen ihre Halogenleuchten und halten die Abgabe im Bild fest. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie an der Wand oder der Decke montiert waren oder ob es sich um eine Ständerleuchte handelt.

In einem zweiten Schritt braucht es ein Foto der Quittung, die den Kauf einer neuen Leuchte für sparsamere LED-Lampen bestätigt. Wer die beiden Belege anschliessend über die Internetseite Alledin.ch einreicht, erhält eine Kostengutschrift von maximal 125 Franken oder 40 Prozent des Kaufpreises. Anfang kommenden Jahres sinkt der prozentuale Anteil auf 25 Prozent.

Seit dem Importverbot, das Anfang September in Kraft getreten ist, haben die Eingaben bei All-

edin.ch deutlich zugenommen, wie Togni erzählt. Pro Tag fordern nun durchschnittlich 30 Personen eine Gutschrift an. Es gibt zwar auch LED-Lampen mit einer R7s-Fassung, die in die alten Leuchten eingesetzt werden könnten. Dennoch macht es laut Togni Sinn, beim Umstieg auf LED gleich eine neue Leuchte zu kaufen, da die LED-Lampen in alten Geräten oft Probleme verursachen würden. Zudem liefern LED-Lampen mit einer R7s-Fassung nur etwa halb so viel Licht wie eine traditionel-

le 200-Watt-Halogenlampe. Für sehr helles Licht gibt es aber Leuchten mit integrierter LED.

Das Projekt wird über das Bundesamt für Energie mit insgesamt drei Millionen Franken finanziert. Das Geld stammt aus Abgaben, welche Verbraucherinnen und Verbraucher mit ihrer Stromrechnung bezahlen und die für die Förderung von Energieeffizienz eingesetzt werden, wie Togni erläutert.

Bernhard Kislig